

FRAGE

Ein Gericht in Den Haag hat den Ölkonzern Royal Dutch Shell in einem aufsehenerregenden Urteil zu einer deutlichen Senkung der CO2-Emissionen verurteilt. Helfen derartige Urteile, Klimaschutzziele besser zu erreichen?

Ihr Kommentar zum Shell-Klimaurteil:

Prof. Dr. Wilfried Fuhrmann Lehrstuhl für Makroökonomische Theorie und Politik, Universität Potsdam:

Das Urteil ist inhaltlich sowie juristisch schwach begründet, das Gericht urteilte „politisch“ und eher nicht unabhängig.

Prof. Dr. Volker Nitsch Lehrstuhl für Internationale Wirtschaft, TU Darmstadt:

Die Awareness der Unternehmen dürfte nach diesem Urteil weiter gestiegen sein.

Prof. Dr. Fred Wagner Institut für Versicherungslehre, Universität Leipzig:

Auch wenn ich eine solche Verurteilung kritisch sehen, wenn Shell (soweit für mich erkennbar) gegen kein geltendes Gesetz verstoßen hat.

Dr. Michael Stahl Geschäftsführer Volkswirtschaft/Bildung, Arbeitgeberverband Gesamtmetall:

Sie haben zumindest eine Art Signalwirkung. Aber wirkungsvoller wäre die übergreifende weltweite Reduktion, vor allem durch die Einführung eines global gültigen Preises bzw. Zertifikatemechanismus

Prof. Dr. Dr. h.c. Franz Peter Lang Univ.-Prof. i.R., FOM Hochschule für Oekonomie und Management sowie Institut Supérieur de l'Économie (ISEC)/Luxembourg:

Das ist lediglich ein Symptom dafür, dass bei Gerichten inzwischen eine Generation urteilt, die im ökologischen Sinne in ähnlicher Weise dogmatisiert sind, wie frühere Richtergenerationen z. B. neoliberal dogmatisiert urteilten. Wirksamer Klimaschutz bedarf international abgestimmter Vereinbarungen, die massive Maßnahmen beinhalten und zugleich die sozialen Aspekte international (!) berücksichtigen. Davon sind die „wasch mir den Pelz, aber mach mich nicht nass“ Politiker vom Lachet, Merz, Scholz ...-Typ weit entfernt und zudem macht „eine Schwalbe Royal Durch Shell global noch keinen Sommer“

Prof. Dr. Bruno Schönfelder Lehrstuhl für Allgemeine VWL, TU Bergakademie Freiberg:

Derartige Urteile legen nur offen, dass die vorhandene Gesetzgebung untauglich ist. Dabei ist eigentlich klar (und könnten auch Gerichte wissen), dass diese Gesetze nicht oder nicht primär als Recht gemeint sind, sondern nur als politische Programmklärungen. Früher wollten und konnten die Gerichte das noch unterscheiden. Bei sog. Staatszielen können sie es auch heute noch ... Warum geht das beim Klima plötzlich nicht mehr? Im Grunde wird hier vom Gericht eine sehr selektive Wahrnehmung wissenschaftlicher Theorien praktiziert. Dabei sollte es sich eigentlich auf das Normative konzentrieren und bei der Tatsachenfeststellung vorsichtig sein. Dann müssten ihm Zweifel darankommen, ob eine erfolgreiche Klimapolitik überhaupt möglich ist - und müsste es Zweifel an der rechtlichen Relevanz sog. Klimaziele bekommen. Was unmöglich ist, kann keine rechtliche Relevanz haben.

Dr. Boris Augurzky Leiter des Kompetenzbereichs „Gesundheit“, Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung e.V.:

Beim Klimaschutz muss es darum gehen, CO₂ so zu bepreisen, dass ein Anreiz entsteht, CO₂ zu reduzieren und langfristig ganz zu vermeiden. Einzelne Unternehmen können sich dann schrittweise anpassen. Dazu braucht es keine Gerichte.

Prof. Dr. Tim Krieger Wilfried-Guth-Stiftungsprofessur für Ordnungs- und Wettbewerbspolitik, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg:

Das Urteil hat vor allem symbolische Wirkung, rechtlich bindend wird es nicht werden, da es in der Revision sehr wahrscheinlich wieder einkassiert wird. Dem Gericht fehlt die politische Legitimität, Klimaziele am Parlament vorbei durchzusetzen, und die juristische Argumentation steht auf äußerst wackeligen Beinen.

Prof. Dr. Günter Franke Lehrstuhl für Betriebswirtschaftslehre insbesondere Internationales Finanzmanagement, Universität Konstanz:

Gerichte sollten keine politischen Entscheidungen demokratischer Institutionen treffen

Dr. Dirk Ehnts Dozent, TU Chemnitz:

Ähnlich wie bei den FCKW geht es hier darum, die Profite einiger weniger auf Kosten von vielen zu verhindern. In einer Demokratie darf und soll die Mehrheit auf Grundlage von Gesetzen Regeln festlegen für das gemeinsame Zusammenleben. Verbote führen dabei erst zur individuellen Freiheit, wie jede Ampelkreuzung deutlich aufzeigt. Die kollektive Freiheit, unsere Regeln selbst gestalten zu dürfen, sichert unsere Demokratie.

Prof. Dr. Horst Schellhaß em. Professor, Universität zu Köln:

So wird der Klimaschutz zwar besser erreicht, es ist jedoch bedenklich, wenn Gerichte für einzelne, zufällig betroffene Unternehmen individuelle Maßnahmen vorschreiben

Prof. Dr. Friedrich Heinemann Leiter des Forschungsbereichs Unternehmensbesteuerung und Öffentliche Finanzwirtschaft und außerplanmäßiger Professor für Volkswirtschaftslehre, Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung Mannheim:

Solche Urteile erhöhen die Friktionen und Kosten der CO₂-Reduktion, weil sie den Marktmechanismus der CO₂-Bepreisung behindern.

FRAGE

Welche Auswirkung wird das Urteil gegen den niederländisch-britischen Ölkonzern Royal Dutch Shell im Wettbewerb der „Oil Majors“ entfalten gegenüber Konzernen aus Ländern wie Russland, Katar oder Saudi-Arabien (die mit weniger strengen Vorgaben nun die Marktlücken füllen, die Shell hinterlässt)?

Ihr Kommentar zur erwarteten Wettbewerbswirkung des Klimaurteils:

Prof. Dr. Wilfried Fuhrmann Lehrstuhl für Makroökonomische Theorie und Politik, Universität Potsdam:

Die Emissionen sinken mit der Nachfrage und Strukturveränderungen. Die steigenden Preise sind nur temporär (wg. Fracking-Industrie in den USA), bald werden sie wieder sinken und die zurückverteilte CO₂-Steuer führt zu Preissteigerungen. Aber auch dieser Steueransatz ist problembehaftet. Auf der Südhalbkugel steigt die Klimaverschmutzung dafür „maximal“. Es geht auch um die Rohstoffe in der Antarktis

Dr. Michael Stahl Geschäftsführer Volkswirtschaft/Bildung, Arbeitgeberverband Gesamtmetall:

Das ist der Kernpunkt der Klimapolitik (CO₂): es kommt auf die globale Bilanz an; Reduktionen hier und da helfen zwar, sind aber im Sinne des Weltklimas zu wenig, wenn sie nach wie vor durch steigende Emissionen an anderer Stelle überkompensiert werden.

Dr. Thomas Gitzel Chief Economist, VP Bank Gruppe:

Der rechtliche und gesellschaftliche Druck nimmt zu. Ölkonzerne müssen ihr Geschäftsmodell ergänzen.

Prof. Dr. Dr. h.c. Franz Peter Lang Univ.-Prof. i.R., FOM Hochschule für Oekonomie und Management sowie Institut Supérieur de l'Économie (ISEC)/Luxembourg:

Es wird zu paradoxen Wirkungen kommen, denn global wird man sich auf die billigere Produktion von Unternehmen umorientieren, die keine Vorgaben dieser Art berücksichtigen müssen.

Prof. Dr. Bruno Schönfelder Lehrstuhl für Allgemeine VWL, TU Bergakademie Freiberg:

Man verschiebt Produktion und Emissionen in Länder, in denen die Gerichte nichts zu sagen haben. Die Autokraten können sich die Hände reiben. Ob absichtlich oder nicht: Faktisch spielen die Umweltschützer, die derartige Verfahren betreiben, die Rolle einer fünften Kolonne ...

Prof. Dr. Horst Schellhaaß em. Professor, Universität zu Köln:

Vorerst werden die Emissionen global verschoben, mittelfristig werden alle Unternehmen ihre Emissionen senken.

FRAGE

Die Inflationsrate in Deutschland ist im Mai deutlich gestiegen auf 2,5 Prozent und könnte laut Bundesbank bis zum Jahresende auf vier Prozent klettern. Preistreibend ist vor allem die rasche wirtschaftliche Belebung nach dem Pandemie-Einbruch, die Rohstoffe, Nahrung und Vorprodukte verteuert. Auch der Gegeneffekt zur Mehrwertsteuersenkung vom Vorjahr spielt eine Rolle. Wie hoch schätzen Sie die Gefahr ein, dass der Anstieg in einer sogenannten Lohn-Preis-Spirale mündet?

Prof. Dr. Wilfried Fuhrmann Lehrstuhl für Makroökonomische Theorie und Politik, Universität Potsdam:

Die Neuverschuldung wird monetär alimentiert und führt ebenso wie die Konjunktur- und Industriepolitik zu steigenden Preisen. Diese werden überwältigt, hinzu kommen Lohnsteigerungen (Pflegepersonal, Lokführer usw.). Die EZB soll die EU-Staaten schnell real entschuldet. Die Vermögensverteilung wird noch ungleicher.

Prof. Dr. Volker Nitsch Lehrstuhl für Internationale Wirtschaft, TU Darmstadt:

Aufgrund der diversen Basis- und Sondereffekte, die derzeit auf die Inflationsrate einwirken, ist die Prognose aktuell eine rocky road - mit Tendenz eher nach oben als nach unten.

Dr. Michael Stahl Geschäftsführer Volkswirtschaft/Bildung, Arbeitgeberverband Gesamtmetall:

Wenn Gewerkschaften die höhere Preisrate auch nur als vorübergehend betrachten und ihre Lohnforderungen danach ausrichten, ist die Gefahr geringer. Andernfalls setzen sie die Spirale in Gang.

Dr. Thomas Gitzel Chief Economist, VP Bank Gruppe:

Für eine Lohn-Preis-Spirale muss sich das Arbeitsangebot verknappen. Dies ist noch nicht der Fall. Dies wird sich jedoch ändern, wenn die Baby-Boomer-Generation in Rente geht. Das wird Ende dieses Jahrzehnts der Fall sein, dann werden die Inflationsraten wohl nachhaltiger zulegen.

Prof. Dr. Dr. h.c. Franz Peter Lang Univ.-Prof. i.R., FOM Hochschule für Oekonomie und Management sowie Institut Supérieur de l'Économie (ISEC)/Luxembourg:

Lohndruck erhöht die Kosten und breitet sich durch die „Lohndrift“ auch auf Bereiche aus, welche Ihre Preise wettbewerbsbedingt nicht anheben können. Unter den aktuellen Bedingungen der beschleunigten Digitalisierung wird dies zu einem raschen Anstieg der Arbeitslosigkeit u.a. im Einzelhandel führen. Hierdurch werden wiederum die sozialen Lasten steigen und zusätzliche Lohn-Nebenkostendruck erzeugen; in etwa die alte Geschichte einer inversen Phillips Kurve.

Volker Hofmann Director, Leiter Volkswirtschaft, Bundesverband deutscher Banken e.V.:

Lohndruck nach oben könnte auch durch den Fachkräftemangel in Deutschland entstehen.

Dr. Dirk Ehnts Dozent, TU Chemnitz :

Die Arbeitslosenrate in der Eurozone lag noch nie unter 7%. Vollbeschäftigung hatten wir zuletzt Ende der 1960er Jahre. Für eine „gute Wirtschaft“, in der es mehr offene Stellen gibt als potentielle ArbeitnehmerInnen, um diese zu füllen, brauchen wir andere wirtschaftspolitische Maßnahmen, z.

B. die Anhebung des Mindestlohns, die Einführung einer Jobgarantie, die Stärkung der Gewerkschaften und nicht zuletzt eine Absenkung der Arbeitszeit.

Prof. Dr. Horst Schellhaaß em. Professor, Universität zu Köln:

Da die EZB untätig bleiben will, ist eine Lohn-Preis-Spirale ziemlich wahrscheinlich.

Prof. Dr. Vincenz Timmermann Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre II, insb. Geldtheorie, Universität Hamburg:

Erste Streiks gibt es bereits bei der Bundesbahn

Prof. Dr. Friedrich Heinemann Leiter des Forschungsbereichs Unternehmensbesteuerung und Öffentliche Finanzwirtschaft und außerplanmäßiger Professor für Volkswirtschaftslehre, Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung Mannheim:

Die EZB läuft durch ihre faktische Niedrigzinsgarantie für südeuropäische Staatsanleihen Gefahr, vollends in die Abhängigkeit der Fiskalpolitik zu geraten. Sie kann dann eine überraschend hohe Inflation nicht wirklich glaubwürdig bekämpfen. Daher gibt es eine reale langfristige Inflationsgefahr.

FRAGE

Ab wann könnten EZB und die US-Notenbank Fed einen strafferen Kurs in der Geldpolitik einleiten?

Prof. Dr. Wilfried Fuhrmann Lehrstuhl für Makroökonomische Theorie und Politik, Universität Potsdam:

Nach real gesunkener Staatsverschuldung in der EU, weil sonst Staatsinsolvenzen nicht ausgeschlossen sind (trotz der durch die Hintertür eingeführten Transferunion). Die Fed früher, da die USA flexiblere Arbeitsmärkte haben und es sonst zu Preisblasen bei Immobilien und Aktien kommt.

Prof. Dr. Fred Wagner Institut für Versicherungslehre, Universität Leipzig:

Könnten oder sollten?

Dr. Thomas Gitzel Chief Economist, VP Bank Gruppe:

Was kommt jetzt darauf an, was man unter „strafferer Geldpolitik“ versteht. Die EZB wird erwartungsgemäß das PEPP im März 2022 einstellen. Dies ist dann bereits eine etwas straffere Geldpolitik sofern die bestehenden Programme im Gegenzug nicht deutlich ausgeweitet werden. Die Fed hat aufgrund eines kräftigen Wirtschaftswachstums und großer fiskalischer Geldspritzen keine Argumente mehr, an ihren Wertpapierkäufen festzuhalten. Deshalb wird die Fed bereits im laufenden Jahr beginnen, ihre Anleihekäufe schrittweise zurückzuführen. Das sogenannte „Tapering“ wird zum Jahresende 2022 beginnen.

Prof. Dr. Dr. h.c. Franz Peter Lang Univ.-Prof. i.R., FOM Hochschule für Oekonomie und Management sowie Institut Supérieur de l'Économie (ISEC)/Luxembourg:

So schnell nicht, denn in USA stehen bei knappen Mehrheitsverhältnissen in 2022 die nächsten Wahlen bevor und in Europa werden die „üblichen Verdächtigen“ auch längerfristig noch billiges Geld brauchen und Deutschland gehört „Dank“ der Merkel-Scholz-Pandemiepolitik auch dazu.

Volker Hofmann Director, Leiter Volkswirtschaft, Bundesverband deutscher Banken e.V.:

Die Richtung ist klar: Drosseln der sehr expansiven Geldpolitik. Entscheidend ist Tempo und Umfang dieser Politik und die Kommunikation mit den Marktakteuren (Erwartungsmanagement).

Dr. Dirk Ehnts Dozent, TU Chemnitz :

Die Idee, dass höhere Zinsen die ansteigenden Rohstoffpreise bremsen könnten, ist wenig plausibel. Generell ist deutlich, dass Zinsen und Inflationsraten positive Korrelationen (wenn überhaupt). Eine „straffere“ Geldpolitik wird wenig Auswirkungen haben, wenn die staatlichen Ausgaben deutlich wachsen. Wir müssen anerkennen, dass die Zentralbank das Inflationsziel allein nicht erreichen können. Die Höhe der staatlichen Ausgaben ist einfach ein zu starker Faktor bei der Bestimmung der Inflationsrate (über generellen Nachfragedruck genauso wie über die Lohnanstiege bei den öffentlich Beschäftigten).

Prof. Dr. Horst Schellhaas em. Professor, Universität zu Köln:

Sinnvoll wäre eine sofortige Straffung der Geldpolitik, aber aus politischen Gründen werden weder FED noch EZB sofort handeln.



Prof. Dr. Friedrich Heinemann Leiter des Forschungsbereichs Unternehmensbesteuerung und Öffentliche Finanzwirtschaft und außerplanmäßiger Professor für Volkswirtschaftslehre, Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung Mannheim:

Die EZB sollte 2022 straffen. Es ist jedoch zu befürchten, dass sie es nicht will und nicht kann - weil ein Land wie Italien dann bei der Refinanzierung seiner Staatsschulden in Schwierigkeiten kommen könnte.

FRAGE

Hat sich Ihre Einschätzung der konjunkturellen Lage im letzten Monat verändert?

Prof. Dr. Wilfried Fuhrmann Lehrstuhl für Makroökonomische Theorie und Politik, Universität Potsdam:

Die gleichzeitigen Neustart-/Konjunkturprogramme heißen Inflation, Löhne, Rohstoffpreise usw. an und führen zu Strohfeuer, Fehlinvestitionen und Umweltbelastungen. f, und führen zu steigenden Rohstoffpreisen aller Staaten schaffen

Prof. Dr. Walter Assenmacher Universitätsprofessor i.R., Lehrstuhl für Statistik und Ökonometrie, Universität Duisburg-Essen:

Ja, verbessert.

Prof. Dr. David Stadelmann Professur für Volkswirtschaftslehre mit Schwerpunkt Entwicklungsökonomik, Universität Bayreuth:

gleich

Prof. Dr. Fred Wagner Institut für Versicherungslehre, Universität Leipzig:

Ja, etwas verbessert

Dr. Michael Stahl Geschäftsführer Volkswirtschaft/Bildung, Arbeitgeberverband Gesamtmetall:

Nein

Prof. Dr. Ludovic Subran Allianz, Chefvolkswirt und Leiter von Allianz Group Economic Research:

Nach einem aus wirtschaftlicher Sicht ziemlichen Fehlstart ins Jahr 2021, stehen die Chancen für ein konjunkturelles Happy End mittlerweile sehr gut. Angesichts zuletzt rückläufiger Neuinfektionen sowie guter Fortschritte an der Impffront (Herdenimmunität wird voraussichtlich im Spätsommer erreicht werden) dürfte der Dienstleistungssektor einhergehend mit ersten Lockerungen der Corona-Restriktionen bereits im Mai zur Aufholjagd angesetzt haben. In den kommenden Monaten ist – als Gegenbewegung zum Absturz in den Konjunkturr Keller im vergangenen Jahr – mit einem positiven konjunkturellen Rekord nach dem nächsten zu rechnen. Wir rechnen mit einem beispiellosen Konsum-Boom angefeuert durch die aufgestaute Nachfrage in einem Kontext stark abnehmender wirtschaftlicher Unsicherheit. Insgesamt erwarten wir ein BIP-Wachstum von 3,4% in 2021 und 3,8% in 2022. Auf einige konjunkturelle Neustart – Schwierigkeiten sollte man sich jedoch einstellen. Die abrupte Wiedereröffnung der Wirtschaft dürfte insbesondere in den Sektoren, die monatelang in einem Corona-bedingten Winterschlaf gesteckt haben, zu einem akuten Arbeitskräftemangel führen. Aktuell lassen Umfragen auf gewisse Tendenzen im Bau und einzelnen Industriebranchen schließen. Mit einer quasi vollständigen Wiedereröffnung der deutschen Wirtschaft dürften vor allem Arbeitskräfte in körpernahen Dienstleistungssektoren wie Gastronomie und Hotellerie fehlen. Dieses temporäre Ungleichgewicht zwischen rapide steigender Nachfrage und verhaltenem Arbeitskräfteangebot – Corona hat die Zuwanderung reduziert und den Ausbildungsmarkt stark belastet und angesichts schlechter Perspektiven in einigen Branchen zu einer Neuorientierung von Arbeitskräften geführt – kann durch Ausbildungs-offensiven und zumindest temporär höheren Löhnen abgemildert werden. Angesichts der sehr positiven Konjunkturaussichten dürfte sich auch der

Arbeitsmarktausblick deutlich aufhellen. Bis Jahresende 2021 sollte annähernd jeder Zweite, der im Zuge der Corona-Krise seinen Job verloren hat, wieder eine neue Beschäftigung finden.

Dr. Thomas Gitzel Chief Economist, VP Bank Gruppe:

Ausblick hat sich verschlechtert

Prof. Dr. Till Requate Lehrstuhl für Innovations-, Wettbewerbs- und Institutionenökonomik, Christian-Albrechts-Universität zu Kiel:

Leicht nach unten aufgrund der Rohstoffknappheiten

Prof. Dr. Dr. h.c. Franz Peter Lang Univ.-Prof. i.R., FOM Hochschule für Oekonomie und Management sowie Institut Supérieur de l'Économie (ISEC)/Luxembourg:

nicht wesentlich

Prof. Dr. Bruno Schönfelder Lehrstuhl für Allgemeine VWL, TU Bergakademie Freiberg:

Das Tempo, mit dem die Epidemie zurückging, hat mich überrascht.

Dr. Boris Augurzky Leiter des Kompetenzbereichs „Gesundheit“, Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung e.V.:

ja

Prof. Dr. Norbert Berthold Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre, insbes. Wirtschaftsordnung und Sozialpolitik, Julius-Maximilians-Universität Würzburg:

nein

Carsten Brzeski ING, Chefvolkswirt Deutschland:

Nein

Volker Hofmann Director, Leiter Volkswirtschaft, Bundesverband deutscher Banken e.V.:

Einschätzung der aktuellen Lage verbessert

Prof. Dr. Karlhans Sauernheimer Lehrstuhl für Allgemeine und Außenwirtschaftstheorie, Johannes-Gutenberg-Universität:

nein

Prof. Dr. Günter Franke Lehrstuhl für Betriebswirtschaftslehre insbesondere Internationales Finanzmanagement, Universität Konstanz:

wenig

Prof. Dr. Manfred Königstein Lehrstuhl für Angewandte Mikroökonomik, Universität Erfurt:

Verbesserung



Prof. Dr. Horst Schellhaaß em. Professor, Universität zu Köln:

hat sich verbessert

Prof. Dr. Vincenz Timmermann Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre II, insb. Geldtheorie, Universität Hamburg:

Nein

Prof. Dr. Thomas Apolte Lehrstuhl für Wirtschaftspolitik am Institut für Ökonomische Bildung, Westfälische Wilhelms-Universität Münster:

ja

Prof. Dr. Friedrich Heinemann Leiter des Forschungsbereichs Unternehmensbesteuerung und Öffentliche Finanzwirtschaft und außerplanmäßiger Professor für Volkswirtschaftslehre, Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung Mannheim:

Etwas gedämpfter durch die aktuellen Produktionsbeschränkungen aufgrund Input-Knappheiten.